

# Winterdienst Handkolonnen 2026/2027

- I.     **Auftragsbeschreibung**
- II.    **Vergabeverfahren und Wertung**

**Auftraggeberin:**  
Stadt Bielefeld  
Die Oberbürgermeisterin  
33602 Bielefeld

**Während des Vergabeverfahrens sind Rückfragen ausschließlich unter Nutzung der Kommunikationsebene der Vergabepattform zu richten an:**  
Stadt Bielefeld  
Amt für Zentrale Leistungen  
Zentrale Vergabestelle

## **Allgemeines**

Der Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld (UWB), Abteilung Straßeninstandhaltung und -beschilderung, hat Winterdienstarbeiten mit Handkolonnen im Rahmen der Verkehrssicherungspflichten als Straßenbaulasträger für die Winterdienstsaison 2026/2027 zu vergeben.

Vor Beginn jeden Winterdienstes führt der UWB eine Informationsveranstaltung durch.

Nach Zuschlagserteilung ist die Teilnahme an diesen jährlichen Informationsveranstaltungen **zwingend erforderlich**.

## **I. Auftragsbeschreibung**

### **A. Auftrag/Vertragslaufzeit**

Der Auftragnehmer führt in der Winterdienstsaison 2026/2027

- a) die Schneeräumung und
- b) das Streuen mit abstumpfenden Mitteln bei Schnee- und Eisglätte

für den Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld (UWB) durch.

Vertragsbeginn ist der 01.11.2026, Vertragsende ist der 31.03.2027.

Für diese Arbeiten setzt der Unternehmer Arbeitsgruppe(n)/Kolonnen von je 3 zuverlässigen Arbeitskräften (einschließlich Fahrer) mit Arbeitsgeräten (Schneeschiebern, Schaufeln, Streukarren usw.) zum Räumen und Streuen sowie je Arbeitsgruppe ein Transportfahrzeug ein. Ein Mitglied der Gruppe ist als Leiter zu benennen. Zur Schneeräumung auf längeren Rad- oder Gehwegstrecken kann der Unternehmer auf besondere Vereinbarung Schneeräumgerät einsetzen.

Es werden insgesamt 41 Touren vergeben. Eine Tour entspricht hierbei einer Arbeitsgruppe/Kolonne.

Die Zuteilung der Touren zu den jeweiligen Arbeitsgruppen nimmt der UWB in eigener Verantwortung vor.

### **B. Ausführung der Arbeiten**

Die Winterdienstarbeiten sind während der Winterperiode täglich (auch an Wochenenden und Feiertagen) zwischen **4:00 Uhr und 20:00 Uhr** durchzuführen, an denen auf Grund der Witterung und des Zustandes der Verkehrsflächen Einsätze durch den UWB angeordnet werden. Das ist in der Regel dann der Fall, wenn liegenbleibender Schnee den Verkehr behindert oder durch Eis und Schnee Glättegefahr besteht.

Die Erreichbarkeit und Einsatzbereitschaft des Auftragnehmers sowie die Aufnahme des Winterdiensteinsatzes durch den Auftragnehmer muss im Vertragszeitraum in jedem Jahr vom 01.11. bis zum 31.03. **zwischen 3:00 Uhr und 20:00 Uhr** innerhalb von **60 Minuten** nach Alarmierung durch den verantwortlichen Straßenbaumeister der Abteilung Straßeninstandhaltung und -beschilderung, auch an Wochenenden u. Feiertagen,

gewährleistet sein. Start des Winterdiensteinsatzes ist am Bauhof Wiehagen des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld, Am Wiehagen 75, 33607 Bielefeld.

Der Auftragnehmer hat sein(e) Fahrzeug(e) den Weisungen des UWB entsprechend pünktlich zu den ihm angegebenen Zeiten oder im Bedarfsfall, wenn die Verhältnisse es kurzfristig erfordern, unverzüglich zum Einsatz zu bringen.

Beginn und Ende des Einsatzes werden je nach Witterungseinfluss vom Auftraggeber angeordnet.

Die Arbeiten sind auf Anweisung des zuständigen Bauhofmeisters zu wiederholen, wenn z. B. durch Witterungseinflüsse die Wirkung des Streuens aufgehoben wird, Neuschnee gefallen ist, der liegen bleibt, oder Glätte eintritt.

Die Arbeiten sind gewissenhaft und zügig durchzuführen, damit die im Räum- und Streuplan genannten Flächen möglichst frühzeitig in einem verkehrssicheren Zustand sind.

Die Arbeiten sind in der im Räum- und Streuplan aufgeführten Folge auszuführen. Nach Schneefall sind die Flächen zuerst vom Schnee frei zu räumen, bevor sie abgestreut werden.

## **C. Streumaterial**

Das für die Durchführung der Arbeiten benötigte Streumaterial wird vom UWB gestellt und ist vor Beginn des Einsatzes auf dem Bauhof Wiehagen zu laden.

## **D. Einsatzberichte**

Über jeden Einsatz ist ein Einsatzbericht nach den von der Stadt Bielefeld zur Verfügung gestellten Vordrucken zu fertigen. Die Einsatzberichte sind gewissenhaft und vollständig zu führen und vom Fahrer zu unterschreiben, da sie bei Schadensersatzansprüchen als Nachweis über die durchgeführten Arbeiten zur Verfügung stehen und ggf. als Beweismittel bei Gerichten vorgelegt werden müssen. Der Unterzeichner hat in diesen Ausnahmefällen mit der Ladung als Zeuge zu rechnen.

Die Einsatzberichte sind nach Beendigung jedes Einsatzes vom Fahrer unverzüglich dem zuständigen Bauhofmeister vorzulegen.

## **E. Vertragsbedingungen**

### **1. Räum- und Streuplan**

Der UWB kann den Räum- und Streuplan während der Vertragsdauer ändern. Der Auftragnehmer wird davon rechtzeitig unterrichtet.

### **2. Rechtliche Grundlagen**

Für die Durchführung dieser Aufgaben sind die damit zusammenhängenden Gesetze, Richtlinien und Verordnungen der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland, des Landes Nordrhein-Westfalen und der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Bielefeld – in der jeweils geltenden Fassung – maßgebend. Anderslautende Geschäfts-, Liefer- oder Zahlungsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Bestandteil des Vertrages.

### **3. Verpflichtung zum Sicherheits- und Gesundheitsschutz**

Der Auftragnehmer bzw. seine Beschäftigten sind verpflichtet, die für den Sicherheits- und den Gesundheitsschutz einschlägigen Anforderungen nach dem Arbeitsschutzgesetz und den Unfallverhütungsvorschriften einzuhalten (§ 5 (2) GUV V A1 bzw. BGV A1, VSG 1.1). Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass eine Missachtung dieser Vorschriften zum Entzug des Auftrages führen kann. Dieselbe Konsequenz ergibt sich, wenn sich die zur Erfüllung des Auftrages vom Auftragnehmer eingebrachten Fahrzeuge (inkl. An- und Aufbauten) trotz gültiger Prüfplaketten offensichtlich nicht in einem betriebssicheren Zustand befinden.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Beschäftigten vor Beginn der Arbeiten einzuweisen und dabei auch über die optimale Durchführung des Streuens zu unterweisen. Dabei ist insbesondere auf die Umweltverträglichkeit auftauender Stoffe einzugehen.

Für Fahrzeug und Ladung sind der Auftragnehmer und der von ihm eingesetzte Fahrer verantwortlich. Der Fahrer muss für die Aufgabe geeignet sein. Dies bedeutet, dass er zum einen die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen muss und zum anderen über eine gültige Fahrerlaubnis für das eingesetzte Fahrzeug verfügt.

Die Durchführung der Arbeiten ist vom Auftragnehmer daraufhin zu überwachen, dass Art und Weise der Arbeitsausführung und der Arbeitserfolg vertragsgemäß sind. Bei der Durchführung der Arbeiten ist zur Gestaltung eines optimalen Arbeitsablaufs und zur Abwehr möglicher Gefahren vor Ort den Weisungen und Anordnungen des Personals des UWB unbedingt Folge zu leisten.

Der Auftragnehmer erhält die Berechtigung, mit den erforderlichen Fahrzeugen das Betriebsgelände des UWB zu befahren. Die Einhaltung der verkehrsrechtlichen Vorgaben (spezifische Beschilderungen) auf dem Betriebsgelände ist zwingend erforderlich.

### **4. Verbindlicher Mindestlohn**

Für die Entsorgungswirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst gilt gemäß Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen für die Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst ein einheitlicher, verbindlicher Mindestlohn. Er richtet sich nach dem Mindestlohntarifvertrag für die Branche Abfallwirtschaft in der jeweils geltenden Fassung.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, gegenüber der Stadt Bielefeld, Umweltbetrieb, die Vorgabe zum Mindestlohn und die übrigen allgemeinen Arbeitsbedingungen stets einzuhalten und insbesondere sämtlichen Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen, die in der Umsetzung des Vertrages eingesetzt sind, das jeweils gültige Mindestentgelt zu gewähren. In diesem Zusammenhang verpflichtet sich der Auftragnehmer den Auftraggeber von Ersatzansprüchen, die sich aus einem Verstoß gegen das ihm obliegende Mindestlohngebot ergeben, freizustellen.

### **5. Vergütung**

Die Vergütung berechnet sich nach Einsatzstunden.

- (1) Als Einsatzzeit zählt die Zeit ab Eintreffen der einsatzbereiten Kolonne auf dem Betriebshof der Straßenreinigung oder dem Bauhof Ost bis zur Rückkehr nach Beendigung des Einsatzes zum vorgenannten Bauhof.
- (2) Die in das Preisblatt einzutragenden Vergütungssätze beinhalten sämtliche Fahrzeug-, Geräte- und Personalkosten einschließlich sämtlicher damit im Zusammenhang stehender sonstiger Kosten, Nebenkosten, Aufwendungen, Zuschläge usw. (auch evtl. Kürzungen von Schlechtwettergeld im Baugewerbe) sowie die Gestellung der notwendigen Kleingeräte, wie Schneeschieber, Schaufeln, Streukarren usw.

- (3) Zum Ausgleich der Fixkosten erhält der Unternehmer für jede Handkolonne einen Sockelbetrag von 1.000,00 € (netto). Der Sockelbetrag reduziert sich für jeden geleisteten Winterdiensteinsatztag um 100,00 €, sodass er nach 10 Winterdiensteinsatztagen aufgebraucht ist. Der auszahlungsfähige Anteil des Sockelbetrages wird am Ende der Winterperiode ermittelt und abgerechnet.

Voraussetzung für den Anspruch auf den Sockelbetrag ist die Teilnahme an der Winterdienstinformationsveranstaltung und die ordnungsgemäße Durchführung der Arbeiten nach Alarmierung.

## **6. Abrechnung**

Jeder Fahrer muss einen Tagesstundenzettel in zweifacher Ausfertigung bei sich führen, auf dem Datum, amtliches Kennzeichen des Fahrzeuges sowie sein Name eingetragen sind. Nach dem letzten Einsatz am Tage sind die geleisteten Arbeitsstunden für jede Arbeitskraft und für jedes Fahrzeug einzusetzen.

Die Tagesstundenzettel sind an jedem Einsatztag nach dem letzten Einsatz in zweifacher Ausfertigung dem zuständigen Bauhofmeister zur Bescheinigung der geleisteten Arbeitsstunden vorzulegen. Eine Ausfertigung bleibt beim UWB -700.53-.

Die Einsätze bis zum 31.12.2026 sind getrennt von denen ab dem 01.01.2027 abzurechnen.

## **7. Rechnungsstellung und Zahlungsbedingungen**

Die Rechnung des Auftragnehmers ist in einfacher Ausfertigung vorzulegen. Die Mehrwertsteuer ist am Ende der Rechnung getrennt auszuweisen.

Die Rechnung kann wahlweise wie folgt übermittelt werden:

### Papierrechnung

Rechnungsstellung an den

Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld  
Die Betriebsleitung  
Eckendorfer Str. 57a  
33609 Bielefeld

### X-Rechnung

Gemäß § 7a des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung in NRW (EGovG NRW) können Rechnungen auch elektronisch mit dem XRechnungs-Standard übersandt werden. Dabei stellt die XRechnung ein strukturiertes elektronisches Format auf XML-Basis dar. Weitergehende Informationen finden Sie unter folgendem Link:

<https://vergabe.nrw.de/wirtschaft/e-rechnung-nrw>

Sofern von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird übersenden Sie Rechnungen in dem neuen strukturierten X-Rechnungs-Format ausschließlich an die E-Mail-Adresse:

[ingang@erechnung.nrw](mailto:ingang@erechnung.nrw)

Als Leitweg-ID für den Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld verwenden Sie bitte: 05711-32002-64.

### PDF-Rechnung

Wird eine Rechnung im pdf-Format gesendet, so ist diese an das Funktionspostfach:  
[Rechnungen.Umweltbetrieb@bielefeld.de](mailto:Rechnungen.Umweltbetrieb@bielefeld.de) zu adressieren.

### Zahlungsbedingungen

Die Zahlung leistet der UWB nach Vorlage und Prüfung einer vollständigen prüffähigen Rechnung anhand der Einsatzberichte und Tagesstundenzettel. Eine Abrechnung ohne genau ausgefüllte Einsatzberichte und Tagesstundenzettel ist nicht möglich.

## **8. Leistungsstörung**

Kann der Auftragnehmer seinen Vertragsverpflichtungen nicht nachkommen, so ist der UWB unbedingt so rechtzeitig zu benachrichtigen, dass eine anderweitige ausreichende Verkehrssicherung noch möglich ist.

Der UWB ist berechtigt, zur Gefahrenabwehr die Leistung durch einen Dritten erbringen zu lassen, ohne dass es der schriftlichen Aufforderung mit Fristsetzung und Ablehnungsandrohung und nachfolgender Vertragsentziehung bedarf. Dem Auftragnehmer stehen in dem Fall keine Schadensersatzansprüche zu.

## **9. Abtretung**

Die Abtretung einer Forderung aus diesem Vertrag ist nur mit schriftlicher Zustimmung des UWB der Stadt Bielefeld wirksam.

## **10. Betriebshaftpflichtversicherung**

Der Auftragnehmer muss für die Dauer der Vertragsausübung über eine Betriebshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen in Höhe von mindestens 1.500.000 € für Personenschäden und in Höhe von mindestens 500.000 € für Sachschäden verfügen.

## **11. Beauftragung von Nachunternehmern**

Die Bereitstellung des Fahrzeugs/der Fahrzeuge ist durch den Auftragnehmer selbst zu erbringen. Der Einsatz von Subunternehmen zu diesem Zweck ist ausgeschlossen. Wird Fahrerpersonal eines Nachunternehmers eingesetzt, muss dieses die Vorgaben dieser Leistungsbeschreibung erfüllen.

## **12. Außerordentliche Kündigung**

Der Auftraggeber ist zur außerordentlichen fristlosen Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt. Als wichtiger Grund gilt insbesondere, wenn

- a) der Auftragnehmer die Leistungen ganz oder teilweise einstellt und der Auftraggeber erfolglos eine angemessene Frist zur Erfüllung gesetzt hat,
- b) der Auftragnehmer sonstige wesentliche Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht erfüllt und den vertragswidrigen Zustand nicht innerhalb einer vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Frist beendet,
- c) der Auftragnehmer den Insolvenzantrag stellt, über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wird,

- d) eine Schlechterfüllung der vertraglich zu erbringenden Leistungen durch den Auftragnehmer vorliegt. Dies bedeutet konkret, wenn bei drei Winterdienst Einsätzen innerhalb von vier Wochen oder insgesamt mehr als 30 % der Winterdienstesätze pro Wintersaison die vertraglich geschuldete Leistung nicht erbracht wird oder die erbrachte Leistung nicht vertragsgemäß ist.

Die Kündigung muss innerhalb von drei Monaten, nachdem der Auftraggeber vom Eintritt des zur Kündigung berechtigenden Ereignisses Kenntnis erhalten hat, schriftlich erklärt werden. Für die Einhaltung der Frist ist der Zugang beim Empfänger maßgebend.

Wird der Vertrag aus Gründen außerordentlich gekündigt, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, sind jegliche Ansprüche des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber ausgeschlossen.

Der Auftragnehmer hat die nachgewiesenen Mehrkosten des Winterdienstes sowie den vom Auftraggeber nachgewiesenen weiteren Schaden, der diesem durch die Kündigung entsteht, zu tragen. Dazu gehören auch die Kosten, die dem Auftraggeber durch eine erforderliche erneute Vergabe entstehen.

Die Vergütung für bereits vertragsgemäß erbrachte Leistungen bleibt davon unberührt.

Der Auftraggeber kann auch dann vom Vertrag zurücktreten oder den Vertrag mit sofortiger Wirkung kündigen, wenn der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu der Verwaltung des Auftraggebers, Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den genannten Personen des Auftraggebers unmittelbar oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden.

Sonstige gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Vertragsparteien bleiben unberührt.

### **13. Folgen der Vertragsbeendigung**

Bei Beendigung dieses Vertrages – gleich aus welchem Grund – hat der Auftragnehmer alles Erforderliche und ihm Zumutbare zu unternehmen, damit dem Auftraggeber oder einem anderen Auftragnehmer die Übernahme der Leistungen in möglichst reibungsloser Form ermöglicht wird.

### **14. Informationspflicht**

Wird der Auftragnehmer mehrheitsanteilig oder ganz veräußert oder übertragen, so ist der Auftraggeber unter Angabe des geplanten neuen Eigentümers und des Übernahmezeitpunktes schriftlich darüber zu informieren.

### **15. Gerichtsstand**

Der Gerichtsstand ist Bielefeld.

## II. Vergabeverfahren und Wertung

### A. Allgemeines

Der Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld (UWB) ist die für die Durchführung des Winterdienstes im gesamten Stadtgebiet zuständige Einrichtung der Stadt Bielefeld. Ausgeschrieben wird die Durchführung des Winterdienstes mit Handkolonnen im Rahmen der Verkehrssicherungspflichten als Straßenbaulastträger. Der Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld ist für die ausgeschriebenen Leistungen Auftraggeber. Ausschreibende Stelle ist die Stadt Bielefeld, Die Oberbürgermeisterin, Amt für Zentrale Leistungen.

Kosten für die Beteiligung am Vergabeverfahren werden nicht erstattet.

Die Leistung wird EU weit im Sinne von § 119 Abs. 1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) in Verbindung mit § 15 Vergabeverordnung (VgV) in der Verfahrensart eines offenen Verfahrens ausgeschrieben.

Angebote nebst Anlagen sind bis zum jeweiligen Eröffnungstermin unter Nutzung des Bietertools oder web-basiert elektronisch in Textform gemäß § 126b BGB auf den Vergabemarktplatz Westfalen hochzuladen und dadurch verschlüsselt zu übermitteln.

Das Angebot einschließlich der Nachweise und Erklärungen ist in deutscher Sprache abzufassen. Für Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, soll eine Übersetzung in deutscher Sprache beigelegt werden.

Es sind die Angebotsvordrucke zu verwenden. Am Text der Leistungsbeschreibung dürfen keine Änderungen vorgenommen werden. Angebotserläuterungen können gegebenenfalls auf einem oder mehreren Beiblättern hinzugefügt werden.

Für die Angebotserstellung genügen, wenn nicht ausdrücklich anders gefordert, zunächst Eigenerklärungen. Auf Anforderung des Auftraggebers sind vor Vertragsabschluss die Eigenerklärungen durch entsprechende Nachweise zu bestätigen.

Nebenangebote sind nicht zulässig.

Angaben, welche die Ausschreibungsunterlagen ergänzen oder berichtigen, werden allen Bewerbern über die Kommunikationsmöglichkeit der Vergabeplattform mitgeteilt. Sie sind bei der Ausarbeitung des Angebotes zu berücksichtigen und werden Bestandteil des Vertrages. Mündliche sowie telefonische Auskünfte werden grundsätzlich nicht erteilt.

Etwaige Unklarheiten sind unbedingt vor Abgabe des Angebotes zu klären. Unklarheiten zur Aufgabenbeschreibung sind unbedingt vor Abgabe des Angebots zu klären. Rückfragen sollten jeweils bis spätestens 6 Werktage vor Ende der Angebotsfrist elektronisch über die Kommunikationsmöglichkeit der Vergabeplattform eingereicht werden. Die Antworten zu den Fragen werden auf der Vergabeplattform <http://www.vergabe-westfalen.de> jeweils unverzüglich veröffentlicht. Diejenigen Bieter, die sich bei der elektronischen Vergabeplattform für dieses Verfahren registriert haben, erhalten hierüber eine automatisierte Benachrichtigung.

Für die Vertragsausführung gelten die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) und die Zusätzlichen Vertragsbedingungen der Stadt Bielefeld für Lieferungen und Leistungen (ZVL), sowie die Besonderen Vertragsbedingungen der Stadt Bielefeld zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen).



Ferner gilt die Fremdfirmenrichtlinie der Stadt Bielefeld, die bei der vorgenannten Dienststelle eingesehen werden kann. Die Fremdfirmenrichtlinie kann auch im Internetauftritt der Stadt Bielefeld unter <https://www.bielefeld.de/sites/default/files/dokumente/Fremdfirmenrichtlinie.pdf> eingesehen werden.

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Bieters gelten nicht.

### **Touren**

Es werden insgesamt 41 Touren vergeben. Eine Tour entspricht hierbei einer Arbeitsgruppe/Kolonne (s. Ziff. I. A.).

Pro Bieter werden maximal 6 Kolonnen bezuschlagt.

Die Zuteilung der Touren zu den jeweiligen Arbeitsgruppen nimmt der UWB in eigener Verantwortung vor.

### **Nachunternehmen**

Sofern – unter Beachtung der Vorgaben dieser Leistungsbeschreibung (Ziff. A. 11) – der Einsatz eines Nachunternehmers/Unterauftragnehmers angestrebt wird, ist dies mit dem Angebot darzulegen und ein Verzeichnis über die Leistungen, die durch andere Unternehmen erbracht werden sollen, beizufügen.

Nach Zuschlagserteilung ist der erstmalige Einsatz von Nachunternehmern oder die Änderung des Nachunternehmereinsatzes nur nach schriftlicher Zustimmung durch die AG zulässig.

Vor Erteilung des Zuschlags hat der Bieter, der für den Zuschlag vorgesehen ist, auf Anforderung durch den Auftraggeber diesem die beabsichtigten Nachunternehmer zu benennen. Spätestens bei Beginn der Auftragsausführung teilt der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Namen, die Kontaktdaten und die gesetzlichen Vertreter seiner Unterauftragnehmer mit. Jede im Rahmen der Auftragsausführung eintretende Änderung auf der Ebene der Unterauftragnehmer ist unaufgefordert dem Auftraggeber mitzuteilen.

Für den Nachunternehmer gelten sämtliche Vertragsausführungsbestimmungen der Leistungsbeschreibung einschließlich der persönlichen Anforderungen an die eingesetzten Mitarbeiter entsprechend.

Die Haftung des Auftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung bleibt unberührt.

Der Auftragnehmer weist dem Auftraggeber für jeden vorgesehenen Unterauftragnehmer das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123 ff GWB sowie die Umsetzung von Artikel 5ki Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der aktuellen Fassung nach. Hierzu sollen die veröffentlichten Vordrucke verwendet werden.

## **B. Gesetzliche Ausschlussgründe**

- Ausschlussgründe gem. §§ 123 ff GWB (§ 42 VgV bzw. § 31 Abs. 1, 2 UVgO)

Es dürfen keine Ausschlussgründe gem. §§ 123 ff GWB (§ 42 VgV bzw. § 31 Abs. 1, 2 UVgO) vorliegen. Eine entsprechende Eigenerklärung ist dem Angebot beizufügen. Die beigefügte Eigenerklärung soll verwendet werden.

Nachweise hierzu (u. a. Bescheinigungen in Steuersachen des Finanzamtes, Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Krankenkassen, des Steueramtes der Kommune sowie der Berufsgenossenschaft) sind auf besondere Aufforderung vor Auftragserteilung beizubringen (nicht älter als 6 Monate, Stichtag ist das Ende der Angebotsfrist).

- Zuschlagsverbot

Es gilt ein Zuschlagsverbot aufgrund des 5. EU-Sanktionspakets auf öffentliche Aufträge nach GWB i. V. m. VgV, s. auch Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der derzeit gültigen Fassung. Die beigefügte Eigenerklärung soll diesbezüglich verwendet werden.

## C. Bieterreignung

### Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Der Auftragnehmer muss für die Dauer der Vertragsausübung über eine Betriebshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen in Höhe von mindestens 1.500.000 € für Personenschäden und in Höhe von mindestens 500.000 € für Sachschäden verfügen.

Mit dem Angebot soll eine Eigenerklärung eingereicht werden, dass eine entsprechende Versicherung mit den o. g. Mindestdeckungssummen bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut im Auftragsfall spätestens zum Vertragsbeginn abgeschlossen wird oder der Bieter bereits jetzt über eine Berufshaftpflichtversicherung mit den geforderten Mindestdeckungssummen verfügt.

### Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

#### Referenzen

Der Bieter muss Referenzen über bisher ausgeführte vergleichbare Dienstleistungsaufträge benennen. Gefordert wird mind. eine positive Referenz, die nicht älter als aus dem Jahre 2023 sein darf. Neben der Anschrift sind der Ansprechpartner vor Ort des jeweiligen Auftraggebers sowie dessen Erreichbarkeit (z. B. Telefonnummer, E-Mail-Adresse) sowie der Zeitraum der Leistungserbringung anzugeben. Die Referenz(en) soll(en) mit dem Angebot eingereicht werden.

Hinweis: Eine Referenz kann grundsätzlich nicht gewertet werden, wenn sie nicht überprüft werden kann (vgl. VK Hessen, Beschluss vom 18. Dezember 2017, 69d-VK-2-38/2017). Ein Verweis des Bieters, dass datenschutzrechtliche Vorgaben der Benennung von Referenzauftraggebern entgegenstehen, ist daher nicht zulässig.

#### Betriebsbeschreibung

Zur weiteren Beurteilung von Fachkunde und Leistungsfähigkeit kann der Auftraggeber nach Angebotsöffnung von Bietern, insbesondere, die ihm nicht aus früheren oder aktuellen Leistungserbringungen bekannt sind, eine Betriebsbeschreibung anfordern, aus der die Anzahl und Qualifikation der Mitarbeiter sowie die Ausstattung des Bieters mit technischen Geräten hervorgehen.

## D. Angebotswertung

Der Zuschlag wird erteilt auf das wirtschaftlichste Angebot in Bezug auf den Preis je Kolonne.